



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

P/IX/168 - 30.7.1954

Einweisung
auf den Inhalt:

Zum Suez-Kanal-Abkommen	S. 1
Um die Mitbestimmung bei den Holdings-Gesellschaften	S. 4
Mißbrauchts Heimatpflege	S. 6

Beispielhafter Vorgang

r. Die Labour Party hätte am Donnerstag einen entscheidenden Sieg und damit vielleicht den Rücktritt des Kabinetts Churchill erzwingen können. Sie wußte auch vor der Abstimmung über das Suez-Kanal-Abkommen, dass sie diese Chance hatte, denn es war bekannt, dass eine kleine Gruppe konservativer Abgeordneter unter allen Umständen gegen das Abkommen stimmen werde. Bei den knappen Mehrheitsverhältnissen im Unterhaus war also die Lage für die Regierung außerordentlich gefährlich. Labour aber enthielt sich der Stütze.

Man möchte fast sagen: selbstverständlich. Denn es wäre nach britischer Vorstellung unmöglich gewesen, dass die Opposition eine Situation ausnutzte, die sie zwar leicht zu einem durchschlagenden äußeren Erfolg hätte führen können, aber nur unter Aufgabe eines wesentlichen Prinzips ihrer Politik: nicht kaltestarrig und gegen alle Vernunft an Positionen des britischen Empire festzuhalten, die nun einmal nicht mehr zu halten sind.

Die Opposition sah den viel größeren Erfolg darin, dass vor aller Welt die konservative Regierung einen Schritt tun mußte, der ihrer imperialen Vergangenheit und allen ihren geheimen Neigungen, an ihr festzuhalten, widersprach. Dabei wieder ist der Regierung und der überwiegenden Mehrheit der Regierungspartei zugutezuhalten, dass sie ein klassisches Beispiel für den Realismus in der britischen Politik gaben, wie er bis in die jüngste Zeit lebendig geblieben ist, etwa in der Haltung gegenüber Peking und in dem hartnäckigen Drängen, die Verhandlungssituation mit Moskau offenzuhalten.

Man verweist so gern, und mit Vorliebe in Deutschland, auf das Beispielhafte des britischen Parlamentarismus. Es liegt gar nicht so sehr in der durch Tradition und gemäßigtes Temperament beherrschten Atmosphäre des Unterhauses selbst, als in der politischen Reife derer, die in oder mit dem Parlament arbeiten. Eines der sichersten Zeichen solcher Reife ist die durch alle Zeiten gebliebene Fähigkeit, dogmenfrei zu bleiben und sich an wechselnden Zeitumständen zu orientieren. Und das heißt, vernünftige Politik treiben.

Suezkanal ohne Explosivkraft

Der Mittlere Osten und das Kairoer Abkommen

Dr.R. Das Abkommen über die Suezkanalzone kann durchaus die Spannungsphase beenden, die seit Jahren auf dem ganzen nahöstlichen Raume lag. Allein die Tatsache, dass die englische Politik bald über bisher festgebundene 80 000 Mann zur Bildung der immer fehlenden strategischen Reserve verfügen kann, ist für Groß-Britannien eminent wichtig. Die gleiche Wirkung entsieht aber auch für Ägypten, das bisher immer die Hälfte seiner Machtmittel in der Nachbarschaft der Kanalzone halten mußte.

Eine frühere Lösung der seit 1936 strittigen Frage hätte wahrscheinlich die Schwierigkeiten, wie sie sich seit Jahren für die MEDO, die Verteidigungsorganisation des Mittleren Ostens, ergeben hatten, garnicht erst aufkommen lassen. Die Rolle Großbritanniens im Mittleren Ostens hätte aufrechterhalten werden können. Denn die für die MEDO vorbereiteten Ersatzlösungen schließen eine Beteiligung Englands praktisch aus und tragen weiterhin zur Liquidierung der britischen Stellung in diesem Raume bei. Mindestens gilt das für friedliche Zeiten. Denn nur Kriegsgefahr und Angriffsrealität führen britische Truppen dorthin zurück. Wenn der Friede jedoch noch lange gewahrt werden kann, muß sich mit dem britischen Abzug Englands Einfluß im Nahen Osten außerordentlich verflüchtigen.

Andererseits hat das ständige Starren Kairo auf die britische Militärzone die ägyptische Aktivität in der arabischen Welt stark gelähmt. Die Fünfniskraft der Arabischen Liga schwächte sich ab. Ihre Mitgliedstaaten suchten sich einen andern Richtungspunkt. Heute muß insbesondere das Regime des Militärrats von Kairo feststellen, dass es sein Land in eine Art "splendid isolation" hineinmanövrier hat. Auch sein Verhältnis zu den USA wurde in Mitleidenschaft gezogen; bereits bewilligte Zahlungen wurden zurückgehalten. Vor allem ging die Führungsrolle Kairo in der arabischen Welt verloren. Heute organisieren sich diese Länder selbständig: Irak hat Dollarhilfe angenommen; Syrien, der Libanon und Jordanien wollen folgen; Libyen, der westliche Nachbar, hat seine Stützpunktverträge mit

Washington soeben verlängert.

Ägypten hat also einiges nachzuholen, wenn es nun nicht mehr als Sprecher der Liga, sondern als Einzelstaat, die Kunden aufholen will, die es in jahrelangen Starren auf Suez verloren hat. Das bedingt aber, dass Ägypten die gleichen Wege geht wie seine Nachbarn und zu einem Arrangement, ähnlich dem ihren, mit Washington kommt. Erste Anzeichen dafür liegen vor. Im Rahmen bilateraler Verteidigungsverträge kann Kairo in diesem Raum auf die Dauer doch nicht ausgelassen werden. Das ist die Chance, die Nasser jetzt ausnutzen wird.

Schon die Abschlüsse und Verhandlungen der anderen arabischen Länder mit den USA beunruhigten Israel sehr. Es ist auch das einzige Anliegerland, das den Vertrag über Suez bedauert, denn der britische Soldat dort gab auch der Regierung von Tel Aviv einigen Schutz. Was wird z.B. mit der Passage israelischer Schiffe durch den nun bald von Ägypten vollends kontrollierten Kanal? Wenn die Aufrüstung Ägyptens im Rahmen eines zweiseitigen Vertrages mit Washington beginnen sollte, sehen die Israelis für den Waffenstillstand schwarz. Heute schon ist er stark durchlöchert. London und Washington wirken beruhigend in Tel Aviv und weisen auf das von ihnen garantierte Abkommen von 1950 hin. Aber Israel argumentiert dagegen: Nach dem englischen Abzug sind die USA und England weit fort, aber die arabischen Armeen stehen nur einen Steinwurf entfernt. Warum möchte Israel die Türkei als neuen und weiteren Garant haben; sie erst würde eine "zweite Runde" der Araber unmöglich machen. Es ist möglich, dass sich dadurch Aussichten für einen Friedensschluß ergeben. Solange er nichterreicht ist, werden sich auch die Einflußlinien des Westens ständig mit denen der Sowjetunion in diesem Raum kreuzen; denn der arabische Antisemitismus wird von der sowjetischen Diplomatie sorgfältig gepflegt.

Das Suez-Abkommen hat manche Spannungen beseitigt, andere dagegen erhalten neue Nahrung. Erst ein wirklicher Friede würde die Gefahren zum Verschwinden bringen, die heute noch in Nahen Osten latent sind. Auch in diesem Raum wird es vorwiegend von einer klugen amerikanischen Politik abhängen, ob sie gemildert oder vielleicht sogar ganz ausgeschaltet werden können. Der Größe von Einfluß und Macht entspricht auch in diesem Fall die Größe der Verantwortung.

Barometer an der Ruhr steht auf "Sturm"

zw. Düsseldorf

Das gewerkschaftspolitische Barometer an Rhein und Ruhr steht wieder einmal auf Sturm. Der Streik in breiter Front kündigt sich an, wenn die Arbeitgeberseite und die kleineren Koalitionsparteien den Versuch machen bzw. fortsetzen sollten, die schwer errungenen Mitbestimmungsrechte bei Eisen und Kohle durch die Nichtbeachtung der Mitbestimmung bei den Holdinggesellschaften zu unterlaufen. In Kürze finden zahlreiche Generalversammlungen solcher Holdings statt.

Nach den Erfahrungen, die die Gewerkschaften vor einigen Monaten bei einer Generalversammlung der Mannesmann-Holding machen mußten, scheint ihre Befürchtung begründet, dass man versuchen wird, mehr oder weniger allgemein bei den Holdings entweder nur das Ein-Kristall-Mitbestimmungsrecht statt der paritätischen Mitbestimmung zu praktizieren, oder aber sogar die Mitbestimmung ganz zu umgehen, weil eine Regelung für die Holdings, die es bei Erlass des Mitbestimmungsgesetzes für Kohle und Stahl noch nicht gab, immer noch nicht angepackt und verabschiedet worden ist.

Die Gewerkschaften Bergbau und Metall haben am Donnerstag auf einer Konferenz der Betriebsratsvorsitzenden in Dortmund keinen Zweifel daran gelassen, dass sie eine Wiederholung des Mannesmann-Falles nicht ohne die Auslösung von Kampfmaßnahmen hinnehmen werden. Sie verlangten am Donnerstag in Dortmund die beschleunigte Verabschiedung einer Novelle zum Mitbestimmungsgesetz, in der ausdrücklich das Mitbestimmungsrecht, wie es für Kohle und Stahl gilt, auch auf die Obergesellschaften der Montanindustrie ausgedehnt wird. Der DGB-Vorsitzende Walter Freitag und der Vorsitzende der IG-Bergbau Heinrich Imig sowie der Landesvorsitzende der IG-Metall von Nordrhein-Westfalen, Heinrich Strasser, kündigten Kampfmaßnahmen für den Fall an, dass das paritätische Mitbestimmungsrecht für die Obergesellschaften verweigert wird.

Von Arbeitgeberseite wird das Problem völlig falsch dargestellt, wenn behauptet wird, die Gewerkschaften stellten sich mit ihren Forderungen einer gesunden Verbundwirtschaft in den Weg. Niemand

hindert die Arbeitgeber und die Bundeskoalition, den vernünftigen Schritt nachzuziehen, der längst fällig gewesen wäre und übrigens klar und eindeutig auch von der CDU als logisch bei der Beratung der Mitbestimmung für Kohle und Eisen bezeichnet wurde. Jetzt aber soll das Mitbestimmungsrecht auf dem kalten Wege über die sogenannte "wirtschaftliche Vernunft der Verbundwirtschaft" außer Kraft gesetzt werden. Die Mitbestimmung bei Kohle und Stahl würde eine Farce werden, wenn die Holdings die Weisungen ohne das Mitbestimmungsrecht geben könnten, nach denen sich die Untergesellschaften, für die das paritätische Mitbestimmungsrecht gilt, zu richten hätten. Damit würden die Arbeitnehmervertreter in den Untergesellschaften verantwortlich gemacht für die Erfüllung der ohne das Mitbestimmungsrecht gefassten Beschlüsse der Holdings.

Es ist in Dortmund die deutliche Aufforderung an die Adresse der Holdings ergangen, keine Hauptversammlungen einzuberufen, bevor nicht das Mitbestimmungsrecht durch ein neues Gesetz geklärt ist. Damit ist erneut die Situation entstanden, vor der die deutsche Gewerkschaftsbewegung bereits einmal stand, als Hans Fockler keine Unklarheit darüber ließ, dass er bei einer Verweigerung des paritätischen Mitbestimmungsrechtes für Kohle und Stahl durch den ersten Bundestag zum Streik für dieses Mitbestimmungsrecht aufrufen werde. Damals galt es, ein praktisch erworbenes Recht sich gesetzmäßig garantieren zu lassen. Diesmal geht es darum, den Sinn des Mitbestimmungsgesetzes zu erfüllen und den Versuch abzuwehren, das Gesetz zu verwässern bzw. zu unterlaufen.

Es war zu erwarten, dass die Kräfte der wirtschaftsrechtlichen Restauration sich bemühen würden, die Gewerkschaften wieder aus den erworbenen und erkämpften Positionen zu verdrängen. Seit Donnerstag wissen diese Kräfte, dass sie auf den härtesten Widerstand seitens der Arbeitnehmerschaft stoßen werden. Aber nicht die Gewerkschaften haben diese Situation heraufbeschworen und verursacht, sondern einzig und allein diejenigen, die glaubten, durch raffinierte Schachzüge den Stundenzeiger der sozialen Uhr ein gutes Stück zu seinem Ausgangspunkt zurückdrehen zu können.

Nationalismen statt Heimatpflege

g. Niemand hat etwas dagegen, wenn in der Bundesrepublik das Gefühl für die Heimat gepflegt wird, und niemand wird auch Einwände dagegen erheben, wenn sich Organisationen zu diesem Zwecke bilden. Eine davon ist beispielsweise das Kuratorium für deutsche Heimatpflege, das einen "Deutschen Heimatdienst" herausgibt.

Leider muss man feststellen, dass dieser Dienst in zunehmendem Maße seine eigentlichen Aufgaben vernachlässigt und sich zu einem Propagandainstrument für alte Nationalismen entwickelt.

Unangenehm fiel vor einiger Zeit ein Beitrag auf, in dem das Korps-Studententum als deutsches Brauchtum und wertvoller Bestandteil der deutschen Heimatpflege bezeichnet wurde. Den Protest aller Kreise, denen es ernst um die Heimatpflege ist, muß aber ein Artikel "Die geistigen Grundlagen Preussens" von Prof. H.J. Schöps, Erlangen, hervorgerufen. Hier wird wieder einmal der sogenannte "ostische" Mensch geschildert, in der aus der Hitler-Zeit wohlbekannten Manier, ihn als eine im Grunde minderwertigen Erscheinung abzutun. Seiner ihm "artgemäßen" passiven Haltung stellt Schöps eine andere entgegen, die das "heroischen Trotzes, des Widerstandes gegen den Gang zur Selbstauflösung". Wörtlich heißt es dann:

"Aus ihm - diesem Geist - ist die preussische Kaserne entstanden, der rote Backsteinbau, in dessen vier Mauern die Steppe eingefangen und überwunden war, in der Sichtbarkeit der nüchtern-klotzigen Baugestalt. Aus dem Widerstand gegen die auflösende Gewalt der Ebene erwuchs geprägte Form und Regel, militärisches Kommando und Disziplin, Herrschaftswille und Befehlsgewalt: der Staat Preußen. In Preußen können darum keine Kleinbürger leben, selbst sie werden in Miniatur-Format gewaltsam heroisch gemacht".

Schenken wir es uns, zu widerlegen, dass Preußen nach der Auffassung von Prof. Schöps nur darum ein wirklicher Rechtsstaat gewesen ist, weil er eine autoritäre Struktur hatte. Ähnliche Ungerechtigkeiten gibt es die Fülle.

Herr Prof. Schöps mag über Preußen denken, was er will. Es ist aber unverständlich, dass ein Kuratorium zur deutschen Heimatpflege und ein "Deutscher Heimatdienst" solchen Beiträgen Raum geben.

Die Mißgriffe dieses Dienstes sind in letzter Zeit so offenkundig und so häufig geworden, dass man darüber nicht mehr hinwegsehen kann. Der verantwortliche Redakteur ist Günther Kaufmann, ehemaliger HJ-Gebietsführer und Chefredakteur des Zentralorgans der Reichsführung der HJ "Wille und Macht". Kaufmann ist ein kluger Mann und ein guter Journalist. Auch hat er verschiedentlich in der damaligen Zeit den politischen Mut zu offenem Widerspruch gegen seinen obersten Herrn, Schirach, gezeigt, weshalb er schließlich in Ungnade entlassen wurde. Weshalb bringt er heute, unter soviel leichteren Bedingungen, nicht den Mut auf, solchen gefährlichen und verächtlichen Unsinn in der Organ zu unterbinden, für das er verantwortlich ist? Oder deckt er ihn?

Verantwortlich: Peter Haunau